

## Newsletter Nr. 5 - 2022



### Sommersession 2022

Die Sommersession geht während einer Hitzewelle zu Ende. Die Debatten im Saal haben die Temperaturen noch zusätzlich angeheizt und auch inhaltlich mit den Voten zum Indirekten Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative nicht weiter abgekühlt. Einmal in der letzten Woche nutzte ich den Abend für einen Aareschwimm. Es würde wohl allen hier im Saal gut tun, wenn Sie ab und zu in die kühlende Aare abtauchen würden.

Sportlich betätigte ich mich auch zusammen mit 50 anderen Parlamentarierinnen und Parlamentariern am Donnerstagmorgen der dritten Sessionswoche. Um 06.30 Uhr fiel unter der Vorsteherin VBS, Frau Bundesrätin Viola Amherd der Startschuss zum Parlamotion. Gemeinsam wurde das Bundeshaus joggend, gehend und rollend umrundet.

Statt wie ursprünglich angekündigt im September, biete ich am Mittwoch, 14. Dezember 2022, zwischen 16.00 – 19.00 einen Besuch im Bundeshaus inklusive Führung in der Kuppelhalle an. Wer dabei sein möchte, meldet sich bitte direkt bei meinem persönlichen Mitarbeiter, Herrn Benjamin Böhler, per Email an: boehler@maja-riniker.ch. Ich freue mich auf Ihr zahlreiches Kommen. 30 Plätze habe ich für Sie reserviert.

Im Herbst lade ich Sie wieder zu meinem traditionellen Apéro Fédéral ein. Bitte reservieren Sie sich den Montag, 17. Oktober 2022 am Abend. Nähere Informationen dazu erhalten Sie zu einem späteren Zeitpunkt. Wer sich schon heute anmelden möchte: boehler@maja-riniker.ch.

Ich wünsche Ihnen einen schönen und erholsamen Sommer. Geniessen Sie möglichst zahlreiche Abkühlungen in unseren Seen und Flüssen.

Maja Zivkovic

### **Impfen, wie viele Dosen werden benötigt? Was lief alles schief?**

Wieder einmal musste sich das Parlament mit Nachtragskrediten befassen, die vorwiegend mit der Corona-Pandemie zusammenhängen. Insgesamt ging es um 17 Nachtragskredite in der Höhe von 2.7 Milliarden Franken.

Ich durfte als Ersatzmitglied in der Finanzkommission an einer denkwürdigen Sitzung dabei sein. Die Beratungen wurden im Beisein der Bundesräte Maurer und Berset an diesem Tag sistiert. Die Faktenlage war ungenügend. Über Pfingsten klärte sich dann die Lage. Doch der Reihe nach.

Als Zankapfel entpuppte sich der Nachtrag zur Beschaffung von Impfstoffen.

Auslöser waren neu erschienene Informationen während der Beratung von Kürzungsanträgen zur Impfstoffbeschaffung in der Sommersession. Es ging primär um entsprechende Vorbehalte in den Kaufverträgen mit den Impfstofflieferanten, die seitens des zuständigen Bundesamtes für Gesundheit – anders als in der Vergangenheit – offenbar teilweise nicht eingebaut wurden. Als Folge dessen könnte die Budgethoheit des Parlaments unter Umständen nicht gewährt werden.

Bei der finalen Beratung des Geschäftes zeigte sich, dass beide Räte jeweils an ihren Positionen festhielten. Der Ständerat plädierte für eine Kürzung des Nachtrags zur Impfstoffbeschaffung, und somit für den Kauf von weniger Impfungen, der Nationalrat sprach sich für die vom Bundesrat vorgeschlagene höhere Summe und Anzahl Impfungen aus, welche gemäss Bundesrat bei coronabedingten Lageänderungen mehr Planungssicherheit verspricht. Am Ende erledigte sich die Frage «to buy or not to buy?»: To buy, aber nur halb so viel Impfstoffdosen wie vom Bundesrat ursprünglich vorgeschlagen. Da das gewollte Budget halbiert wurde, muss der Bundesrat die Impfstoffbeschaffung neu aushandeln.

Ich selber staunte einerseits über die Tatsache, dass trotz einem externen Beratungsunternehmen und den zahlreichen Mitarbeitenden im Bund dieser Fehler passieren konnte. Zum anderen auch über die Klarheit in der Kommission, das Geschäft zu sistieren und alle Fakten zuerst zu klären. Art. 26 Absatz 1 des Parlamentsgesetzes gibt uns dazu den klaren Auftrag: «Die Bundesversammlung übt die Oberaufsicht aus über die Geschäftsführung des Bundesrates und der Bundesverwaltung, der eidgenössischen Gerichte, (...) und anderer Träger von Aufgaben des Bundes.» Das ist unsere Aufgabe: hinzuschauen, wenn man hinschauen muss.

### **Horzion Europe**

Wir alle wissen, dass das Dossier 'Europa' seit einem Jahr auf eine Neuauflage wartet. Was nicht auf sich warten liess, war die klare Antwort der Europäischen Union (EU) gegenüber unseren Forschungspartnern: Die Schweiz ist vom Forschungsprogramm Horizon Europe ausgeschlossen. Mit grossen Konsequenzen für die Forschenden und den Bildungs- und Innovationsstandort Schweiz. Da sah eine Motion der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates fast

verlockend und einfach aus. Die Kommission wollte, dass der Bundesrat beauftragt wird, Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) über eine spezifische Vereinbarung für die umgehende Assoziierung der Schweiz als Drittland bei Horizon Europe, Digital Europe, ITER, Euratom und Erasmus+ für die Programmperiode 2021-2027 zu führen. Dabei seien im Falle einer Assoziierung auch die Modalitäten für eine einmalige Erhöhung des Schweizer Kohäsionsbeitrags ab 1. Januar 2024 zu regeln. Schliesslich seien darin die Grundsätze für zukünftige Verhandlungen über die Beziehungen Schweiz-EU festzuhalten.

Der Bundesrat hat uns in der Debatte klar aufgezeigt, dass er mit der Zielsetzung der Motion - einer möglichst raschen Assoziierung der Schweiz an den EU-Rahmenprogrammen für Bildung, Forschung und Innovation – einverstanden wäre. Er hat uns allerdings aus nachvollziehbaren Gründen empfohlen, diese Motion abzulehnen. Aus folgenden Gründen:

Die Schweiz hat bis heute bereits alle nötigen Schritte unternommen, um umgehend Verhandlungen zur Assoziierung an das Horizon Paket sowie an Erasmus+ für die Programmperiode 2021 - 2027 aufnehmen zu können. Der Bundesrat steht auch für Verhandlungen über ein spezifisches Abkommen ("specific agreement") bereit, welches die Beteiligung von Drittländern an den EU-Programmen regelt. Seine Verhandlungsbereitschaft hat er der EU mehrmals mitgeteilt. Die EU macht jedoch die Assoziierung der Schweiz an den EU-Programmen von den allgemeinen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU und dabei insbesondere von Fortschritten in Bezug auf die institutionellen Fragen abhängig.

Der Bundesrat hat uns klar dargelegt, dass er diese sachfremde Verknüpfung ablehnt.

Das isolierte Angebot eines dritten Kohäsionsbeitrags wurde vom Bundesrat als nicht zielführend eingeschätzt. Einerseits macht die EU eine Assoziierung der Schweiz an ihren Programmen nicht von der Entrichtung eines weiteren Beitrages abhängig, andererseits würde die vorliegende Motion die Handlungsoptionen des Bundesrates zur Erreichung dieses Ziels bedeutend einschränken.

Es wurde abgestimmt. Mit 92:92 durfte die Nationalratspräsidentin den Stichentscheid fällen. Die Motion wurde überwiesen.

Ich hätte es begrüsst, wenn wir dem Bundesrat in dieser sehr heiklen Phase nicht zusätzlichen Druck aufgebürdet hätten. Ein Verhandlungsmandat war auch schon in weiterer Entfernung als heute. Und gerade an der Klausur vom 17. Juni 2022 wurde der Bundesrat über den Stand der Sondierungen zwischen der Schweiz und der EU informiert. Der Bundesrat hat gestützt darauf entschieden, die Sondierungen mit der EU zu intensivieren.

Was wir hingegen in dieser Session auch angenommen und überwiesen haben ist ein Vorstoss, der auf Antrag der FDP-Deputation entstanden ist. Dieser will ein Schweizerisches Förderprogramm für exzellente Forschung aufbauen. Mit dem Ausschluss auf dem europäischen Förderprogramm «Horizon Europe» hat die Forschung und Innovation in der Schweiz gelitten. Mit 167 zu 7 Stimmen bei einer Enthaltung wurde die Motion an den Zweitrat überwiesen. Neben der Forschung sollen auch Investitionsbeiträge in Start-ups und KMU fliessen.

### **Abbau der Corona-Schulden**

Der Nationalrat will die Hälfte der Corona-Schulden mit vergangenen Überschüssen aus dem ordentlichen Haushalt verrechnen. Der Abbau der anderen Hälfte soll bis 2031 mit dem Einsatz von strukturellen Gewinnen sowie Zusatzausschüttungen der Nationalbank erfolgen. Wir haben mit 133 zu 51 Stimmen diesem Vorschlag zugestimmt. Dies entspricht jedoch nicht dem Vorschlag des Bundesrats, die coronabedingten Schulden bis 2035 vollständig mittels künftiger

Finanzierungsüberschüsse abzubauen. Mit der gewählten Abbaustrategie folgt der Nationalrat somit der Strategie, welche die FDP in der Vernehmlassung befürwortete. Mit der Frist bis ins Jahr 2031 bleibt der Druck auf die Reduktion des Amortisationskontos hoch und ermöglicht eine nachhaltige Finanzpolitik. Das Instrument der Schuldenbremse hat sich in der Corona-Krise einmal mehr als hochwirksam erwiesen. Dank der verantwortungsbewussten Finanzpolitik der letzten Jahre waren die ausserordentlichen Ausgaben erst möglich. Der Ständerat darf sich an der nächsten Session auch noch mit dieser Frage beschäftigen. Ich bin froh und dankbar, dass sich eine Lösung abzeichnet, die einerseits die Schuldenbremse respektiert und andererseits dafür sorgt, dass die Corona-Schulden nicht die künftigen Generationen belasten werden.

### **Polycom-Sendeanlagen – die Kommunikation im Krisenfall sichern**

Ein Thema aus meiner Sicherheitspolitischen Kommission war unbestritten. Im Falle einer Krisensituation müssen die Behörden und Rettungsorganisationen untereinander kommunizieren können. Diese wird über die Polycom-Sendeanlagen sichergestellt. Nun war die Frage aufgekommen, wie diese auch im Falle eines Zusammenbruches des Stromnetzes flächendeckend sichergestellt sind. Bei einem Stromausfall von mehr als acht Stunden wäre die Funkabdeckung im Grenzraum stark reduziert. Die Stromautonomie der Sendestandorte muss daher erhöht werden. Hierfür sind zusätzliche Notstromversorgungen bei den Polycom-Sendestandorten des Bundes notwendig. Die neuen Anlagen sollen mit Lithium-Ionen-Batterien betrieben werden. Diese werden mit Strom aus erneuerbaren Energien geladen und sind im Vergleich zu klassischen Notstromaggregaten nachweislich emissionsärmer. Ich bin froh, dass eine Notstromversorgung sichergestellt werden kann, welche mit erneuerbaren Energien alimentiert wird. Dazu musste ein Verpflichtungskredit über 60 Millionen Franken für die Investitionen sowie die Betriebs- und Unterhaltskosten bis 2035 gesprochen werden.

### **Indirekter Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative**

Der Nationalrat hat in der Sommersession als Erstrat mit grosser Mehrheit dem indirekten Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative zugestimmt. Kern der Vorlage ist ein Absenkpfad für Treibhausgasemissionen bis im Jahr 2050, damit das Ziel Netto-Null erreicht werden kann. Im Gegensatz zur Gletscherinitiative, welche bereits in der Frühlingssession durch den NR abgelehnt worden ist, verzichtet der Gegenentwurf jedoch auf ein Verbot fossiler Treib- und Brennstoffe.

Der Vorschlag besteht noch aus zwei weiteren Massnahmen.

Eine umfasst ein Programm zur Förderung neuartiger Technologien und Prozesse zur Dekarbonisierung. Damit werden gezielt und befristet auf sechs Jahre «Earlymover» der Schweizer Wirtschaft in ihren freiwilligen Anstrengungen zugunsten des Klimaschutzes unterstützt.

Das zweite Förderprogramm für den Heizungersatz soll über die nächsten zehn Jahre zusätzliche 200 Mio. CHF pro Jahr in das bestehende Gebäudeprogramm einbringen. Ich gehörte zu der knappen Hälfte meiner Fraktion an, die hierzu Bedenken geäussert haben. Ich hatte dieses Element abgelehnt.

Am Schluss aber muss man abwägen, ob die Vorteile dieses indirekten Gegenvorschlags nicht überwiegen. Aus diesem Grund habe zusammen mit meiner Partei dem Gesamtpaket letztlich zugestimmt, da mit dem Klimarahmengesetz rascher als mit der Initiative Ziele umgesetzt werden und ein realistischer Fahrplan festgelegt wird.

Nun geht das Geschäft zur weiteren Beratung in den Ständerat. Dort könnte es sein, dass noch Korrekturen beim Heizungersatz vorgenommen werden. Gemäss Aussage der Initianten in der Arena vom 17. Juni 2022 erwägen sie ernsthaft, die Volksinitiative zurückzuziehen, sollte der indirekte Gegenvorschlag in beiden Kammern angenommen werden.

### **Vorstösse:**

- [Motion: Abzug von Kosten für Investitionen im Zusammenhang mit geringfügigen Um- und Ausbauten ermöglichen \(22.3098\)](#)
- [Interpellation: Kundenfreundliche SBB-Junior-Karte. Einfach, aber digital \(22.3124\)](#)
- [Fragestunde: Schränken die Waffenexportregeln die Sicherheitsrelevante Technologie- und Industriebasis \(STIB\) bezüglich Offset ein? \(22.7507\)](#)
- [Den Schweizer Zivilschutz stärken durch eine effiziente Beschaffung der persönlichen Ausrüstung \(22.3688\)](#)
- [Neugestaltung der Offset-Policy \(22.3829\)](#)

### **Voten im Rat:**

- [Schrittweise Erhöhung der Armeerausgaben \(22.3367\)](#)
- [VBS. Subsidiarität und Cybersicherheit \(22.3368\)](#)
- [Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen \(Kostenbremse-Initiative\). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag \(Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung\) \(21.067\)](#)